



Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu „Gegen Stress und Zukunftsängste im Studium“ (Drucksache 19/2797)

Der Landtag wolle beschließen:

Absatz 2 des Antrages wird zu Absatz 1 und erhält folgende Fassung:

„Dem Studentenwerk werden aus den Vorsorgemitteln des Landes für die Corona-Krise zusätzliche 150.000 Euro zur Verstärkung der psychosozialen Beratung der Studierenden zur Verfügung gestellt. Diese können kurzfristig zur Aufstockung der teilzeitbeschäftigten Psycholog*innen genutzt werden, mittelfristig sollen diese Mittel zur Schaffung weiterer Stellen für die psychosoziale Beratung dienen.“

Daran schließt sich folgende Begründung an:

Begründung:

„Durch die Covid-19-Pandemie hat sich die psychische und soziale Situation vieler Studierender massiv verschlechtert. Dies macht sich u.a. daran fest, dass die Wartezeiten für einen Beratungstermin mittlerweile 10 Wochen (vor der Pandemie 2-4 Wochen) betragen und zunehmend Studierende mit einer kritischen psychischen Beeinträchtigung bis hin zu klinischer Symptomatik um einen Termin nachfragen („Notfallberatung“), wobei sich Anzahl und Dauer der Termine deutlich erhöht haben. Nach Informationen des Studierendenwerkes ist davon auszugehen, dass noch deutlich mehr Studierende die psychosoziale Beratung nachfragen würden, aber aufgrund der personellen Situation der psychosozialen Beratung dieses nicht (mehr) tun („Deckeneffekt“).

Für die psychologische Beratung stehen derzeit 1,5 Stellen für landesweit gut 60.000 Studierende zur Verfügung. Dieses Personal reichte schon vor der Pandemie nicht aus. Nicht nur die Wartezeiten zeigen, dass in der Pandemie die psychosoziale Beratung den Bedarf in keiner Weise decken kann. Dieser ist derzeit auch auf dem privaten (psychotherapeutischen) Markt nicht mehr abzudecken, da hier die Wartezeiten vielfach noch deutlich höher sind.

In den letzten Jahren haben psychische Störungen und Erkrankungen bei jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren deutlich zugenommen, wobei hier vergleichsweise ältere Studierende besonders betroffen sind. Wir müssen davon ausgehen, dass sich durch die Pandemie diese Zahlen noch weiter verschlechtern werden und dass die Pandemie die Hochschulen auch in diesem Feld länger beschäftigen wird.

Die gezielten Präventionsangebote des Studentenwerks können psychische Erkrankungen vermeiden, das Risiko von Studienabbrüchen und damit erhebliche gesellschaftliche Kosten vermindern. Dies setzt aber dringlich eine deutlich bessere und dauerhafte personelle Ausstattung der psychosozialen Beratung voraus.

Der Landtag begrüßt es, dass das Bildungsministerium und das Studentenwerk die organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen haben, um eine kürzere Bearbeitung der BAföG-Anträge zu ermöglichen. Auf diese Weise kann die durch die Pandemie angespannte Lage für viele Studierende deutlich entschärft werden. Sollte dies nicht zu einer Verbesserung führen, wird die Landesregierung gebeten, gemeinsam mit dem Studentenwerk weitere Maßnahmen zu ergreifen.“

Prof. Dr. Heiner Dunckel
und Fraktion